

# POTSDAMER

## NEUESTE NACHRICHTEN



**Heute mit 10 Seiten  
Sonntag, Mehr Genuss  
und der Rätselseite**

Arktisforscher  
**Jan Nitzbon** erhält  
Potsdamer Preis – Seite 10

**Wolfgang Blasig** über die  
Wende und seine endende Zeit  
als Mittelmark-Landrat – Seite 11

POTSDAM, WOCHENENDAUSGABE VOM 27. NOVEMBER 2021

WWW.PNN.DE

71. JAHRGANG / NR. 280 / 2,40 €



## Wenn die Kraniche glühen

Die Potsdamer Künstlerin Mahela Rostek will Licht in den Winter bringen und Gemeinschaft stiften. Ihre leuchtenden Kraniche sind ein Lichtblick in der Corona-Zeit – und sie bilden den Auftakt für die PNN-Serie zur Adventszeit, mit der wir Ihnen jeden Tag einen Lichtblick schenken – Seite 7

Foto: Andreas Kläber

## Die Grünen Der alte Zoff

VON STEPHAN-ANDREAS CASDORF

Die Grünen: streiten sich, als gäb's kein Morgen. Ganz wie früher, Realos gegen Fundis. Der alte Zoff ist zurück, und er geht um die Sache und um Personen. Viel unnötiger Ballast für die Zukunft. Von wegen, dass alte Vorurteile überwunden sind – die Grünen tun einiges, sie zu bestätigen. Vor allem das eine: dass sie eben doch noch länger keine Kanzler:innenpartei sind. So schaden sie ihren Chancen.

Dabei waren die Grünen schon auf dem Weg, waren weiter, fast nahe dran. Zu Beginn dieses Wahlkampfes dieser Aufbruch! Eine Kanzlerkandidatin, Geschlossenheit nach innen und nach außen, die Themen liefen nur so auf sie zu, Klimaschutz wurde ein Selbstläufer, immer mehr sagten kopfnickend: Mit den Grünen zieht die neue Zeit ein. Sogar in der SPD dachten sie das, als der Wahlkampf bei ihnen wenig erfolgreich startete. Die SPD verharrte bei 14 Prozent, die Grünen wuchsen auf 28, die Rolle als stärkste Partei im Koordinatensystem schien möglich. Man stelle sich vor: die Grünen, stärkste Fraktion im Bundestag. Und man konnte es sich vorstellen, gut sogar.

Wie es gekommen ist, wissen wir alle. 14,8 Prozent sind auch schon ein schönes Ergebnis, haben die führenden Grünen nach der Wahl erklärt, und ganz falsch ist es ja nicht. Immerhin: das beste Ergebnis im Bund in der Geschichte der Partei. Und dennoch eine leise Enttäuschung. Die im Übrigen fortwirft.

Warum sonst sind die Koalitionsverhandlungen auf grüner Seite so kritisch begleitet worden? Nichts ist schlimmer als eine enttäuschte Liebe oder Zuneigung, und so mussten sich die Spitzenrührer Annalena Baerbock und Robert Habeck so manche Spitze gefallen lassen. Das hat bestimmt wehgetan, zumal sie am Ende noch mal ziemlich aufgedreht haben. Was da im Koalitionsvertrag, im ellenlangen, steht, ist doch nicht wenig. Genauer: nicht wenig an Umbau der Gesellschaft; nicht wenig an Nachhaltigkeit; nicht wenig für den Klimaschutz. Da könnte man zufriedener sein.

Wenn nur dieser Streit um Personalien jetzt nicht wäre. Sagen wir es drastisch: Die Grünen reißen mit dem Hintern wieder ein, was sie sich in den letzten Wochen mit den Händen aufgebaut haben. Denn in den Koalitionsverhandlungen wirkte die Spitze doch wieder kompetent und tariffähig, wie es Gerhard Schröder immer so treffend nannte, mit dem die Grünen vor Jahrzehnten auch mal koalitiert hatten. Der Eindruck war: Die können es doch. Die wachsen, und zwar in eine neue Rolle hinein. Sie sind die hinter und neben dem Kanzler, ohne sie kein Aufbruch, kein Umbruch. Also zurück zur Kanzler:innenpartei in spe?

Diese Hoffnung ist, vorsichtig ausgedrückt, vertagt. Das Aufbrechen alter Streitigkeiten ist hier eher ein schlechtes Zeichen. Die Ressortverteilung ist es außerdem. Richtig: Der 40-Prozent-Mann Cem Özdemir gehört ins Kabinett, aus vielerlei Gründen. Er ist politisch beschlagener, erfahren, beliebt, steht für die Vielfalt der Partei. Aber wie das jetzt gehandhabt worden ist, ihn in die Regierung zu heben – so bleiben lauter Verletzungen zurück. Die zu heilen, ist eine ziemliche Aufgabe. Übrigens links wie rechts. Dass Anton Hofreiter und Katrin Göring-Eckardt beide nichts werden, werden sich, logisch, nicht bloß die beiden merken.

Da hilft nur wenig, dass die beliebte Parteiführerin Claudia Roth Staatsministerin für Kultur wird. Das ist nämlich nicht zuletzt ein Entgegenkommen von Olaf Scholz, damit der Unmut bei den Grünen nicht explodiert. (Abgesehen davon, dass Scholz sich auf dem Posten auch etwas anderes vorgestellt hatte. Mal sehen, ob er da nachtragend ist.)

Ego folgt Ethos? Schön wär's. An der Sache orientiert wäre gewesen: Özdemir wird Außenminister, Baerbock Klimaministerin oder Fraktionschefin. Oder Habeck wird Fraktionschef. Oder, oder, oder. Die Grünen haben viele gute Fachleute für die Ressorts, Frauen zumal. Hätten sie. So haben sie jetzt vor allem den Ärger. Und den guten Eindruck vom (Wochen-)Anfang vermasselt. Zu schade.

## Große Sorge vor neuer Corona-Variante

■ In Südafrika entdeckt und hoch ansteckend

■ Belgien meldet ersten Fall der neuen Variante in Europa

■ Spahn und Wieler: „Lage ist so ernst wie nie“

■ Woidke hält schärfere Beschränkungen für realistisch

VON GEORG ISMAR UND JOHANNES NEDO

BERLIN/POTSDAM - Eine neue, möglicherweise gefährlichere Variante des Coronavirus im südlichen Afrika hat weltweit große Sorge ausgelöst. Experten befürchten, dass die Variante B.1.1.529, die von der WHO am Freitag den Namen „Nu“ bekam als besorgniserregend eingestuft wurde, wegen ungewöhnlich vieler Mutationen hoch ansteckend ist und den Schutzschild der Impfstoffe leichter durchdringen könnte. Deutschland und andere Länder kündigten daher an, den Flugverkehr mit Südafrika drastisch einzuschränken.

Das südafrikanische Institut für Ansteckende Krankheiten hatte mitgeteilt, es seien in Südafrika 22 Fälle der neuen Variante nachgewiesen worden. Mit mehr Fällen sei zu rechnen. Am Freitag meldete Belgien als erstes Land in Europa

eine Infektion mit der neuen Variante. Ein aus dem Ausland kommender ungeimpfter Mensch sei positiv getestet worden, hieß es von den Behörden.

An den Börsen gab es aus Angst vor der neuen Variante weltweit den größten Kurssturz seit dem Crash im März 2020, zu Beginn der ersten Pandemie-Welle. Der Dax stürzte im frühen Handel um bis zu vier Prozent auf 15 283 Punkte ab.

„Wir sind tatsächlich in sehr großer Sorge“, sagte der Chef des Robert-Koch-Instituts, Lothar Wieler, am Freitag. Der geschäftsführende Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) betonte: „Das ist das Letzte, was wir jetzt in unserer momentanen Lage noch brauchen können, dass in die Welle hinein noch eine zusätzliche Variante kommt.“ Er forderte alle, die in den vergangenen Tagen aus Südafrika nach Deutschland gereist sind, zu einem PCR-Test auf. Zudem verlangte Spahn

massive Kontaktreduzierungen, um die vierte Corona-Welle zu stoppen. „Die Lage ist dramatisch ernst. So ernst wie noch zu keinem Zeitpunkt in dieser Pandemie“, sagte er. Man sei in einer „nationalen Notlage“. Die rasant steigenden Infektionszahlen sowie die neue Variante erfordern laut Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) nun eine bundesweite Notbremse sowie eine allgemeine Impfpflicht am besten schon ab dem 1. Januar, sagte er am Freitag. „Wenn es keine bundeseinheitliche Regelung gibt, dann wird Land unter sein vor Weihnachten. Und zwar auch mit erheblicher Lebensgefahr.“

Allerdings bietet das von SPD, Grünen und FDP geänderte Infektionsschutzgesetz keine Lockdown-Möglichkeiten mehr, jedoch könnten schon jetzt überall Veranstaltungen abgesagt und Kontakteinschränkungen verhängt werden. Nach Informationen dieser Zeitung wird auch

eine Bundestagssitzung kommende Woche erwogen, um womöglich Verschärfungen oder eine neue Rechtsgrundlage auf den Weg zu bringen, die auch bundesweite Lockdown-Maßnahmen erlauben würde. Allerdings sperrt sich besonders die FDP bisher gegen solche Änderungen.

Wie Spahn fordern nun auch Söder und Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) eine schnelle Bund-Länder-Runde. Kretschmann betonte, dass der 9. Dezember als Termin für das nächste Treffen zu spät sei. Die Länder pochen auch auf gemeinsame Verhandlungen, wie bundesweit mehr Intensivbetten-Kapazitäten geschaffen werden können.

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) will mit der Frage einer vorgezogenen Ministerpräsidentenkonferenz bis Dienstag warten. „Am kommenden Dienstag wird das Bundesverfassungs-

gericht über die Regelungen der letzten Bundesnotbremse entscheiden“, sagte er am Freitag. „Da es jetzt um ähnliche Regelungen geht, sollten wir diese Entscheidung abwarten.“ Gleichzeitig hält er schärfere Beschränkungen für realistisch. „Ob der Instrumentenkasten reicht, da bin ich mir nicht nur nicht sicher, sondern ich glaube es vor dieser Entwicklung nicht“, sagte Woidke am Freitag im Deutschlandfunk.

Innerhalb eines Tages infizierten sich in Brandenburg 3302 weitere Menschen mit dem Coronavirus, 19 starben im Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung. Im kommunalen Potsdamer Bergmann-Klinikum gibt es einen Corona-Ausbruch auf der Urologie. Betroffen seien laut Klinikum bis zu neun Patienten und zwei Mitarbeitende. (mit SCH, dpa, AFP)

— Seiten 2 und 8

## Kontroverse um Impfungen für Kinder

Brandenburg ordert zusätzliche Moderna-Dosen

BERLIN/POTSDAM - Die Ständige Impfkommission (Stiko) erwartet, dass die Corona-Impfung für Kinder in Deutschland zunächst nur in Risikofällen empfohlen wird – also bei Kindern mit Vorerkrankung. Dies bedeute aber nicht, dass von einer breiteren Anwendung abgeraten werde, sagte Stiko-Mitglied Fred Zepp am Freitag. „Nach der Zulassung in Deutschland ist das Mittel verimpfbar und es ist eine individuelle Entscheidung.“ Zepp rät dazu, abzuwarten, bis weitere Daten zur Sicherheit der Impfungen vorliegen.

Die Europäische Arzneimittelbehörde hatte am Donnerstag empfohlen, den Impfstoff von Biontech/Pfizer für den breiten Einsatz bei Fünf- bis Elfjährigen zuzulassen. Die Stiko macht eine Empfehlung jedoch davon abhängig, ob auch sie den Nutzen der Impfung höher bewertet als ihre Risiken. Die Kommission werde sich „größte Mühe“ geben, bis zum 20. Dezember eine Empfehlung abzugeben, sagte Stiko-Mitglied Martin Terhardt im Deutschlandfunk. Der geschäftsführende Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) kritisierte, dass sich das Prozedere für Impfungen in Deutschland hinziehe.

Brandenburg wird bei der Erhöhung des Impftempos wegen der Drosselung des Mittels von Biontech durch den Bund unterdessen ausgebremst und muss andere Lösungen suchen. So wird für Dienstag eine außerordentliche Lieferung von 10 500 Moderna-Dosen direkt beim Bund geordert, wie das Gesundheitsministerium am Freitag mitteilte. Diese Anforderung werde derzeit beim Bundesministerium geprüft. Der Impfstoff reiche für 112 000 Booster-Impfungen und 48 000 Erst- und Zweitimpfungen. (pei/Tsp/dpa)

— Seite 3 und Meinungsseite

INDEX	
<b>WIRTSCHAFT &amp; BÖRSEN</b> .....	17–20
Eine Coronavirus-Mutante aus Südafrika hat Anleger in die Flucht getrieben. Der Dax stürzte ab auf 15 404 Punkte.	
<b>WETTER</b> .....	2
Immerhin: Schneien soll es noch nicht. Dafür immer 4/4 wieder dichte Wolken, kaum Sonne und vereinzelt etwas Regen.	
<b>POLITIK &amp; MEINUNG</b> .....	2–6
<b>POTSDAM</b> .....	7–8
<b>KULTUR IN POTSDAM</b> .....	9
<b>BRANDENBURG</b> .....	10 & 12
<b>POTSDAM-MITTELMARK</b> .....	11
<b>MEDIEN/TV-PROGRAMM</b> .....	31
<b>ABONNENTENSERVICE</b> : (0331) 2376-100	
<b>ANZEIGENSERVICE</b> .....	(0331) 2376-111
<b>REDAKTION</b> .....	(0331) 2376-132

**Buchpreisträgerin.** Die Potsdamer Autorin Antje Rávik Strubel über enge Labels und westdeutsche Übergängigkeit Seite 9



Foto: Andreas Kläber



## Tesla verzichtet für Batteriewerk auf Förderung

BERLIN/GRÜNHEIDE - Der US-Elektroautobauer Tesla will die angekündigte Batteriefertigung in der E-Auto-Gigafactory Grünheide ohne staatliche Förderung errichten. Tesla habe den Antrag auf Förderung aus dem zweiten Europäischen Batterieprogramm (IPCEI) zurückgezogen, teilte das Unternehmen und das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) am Freitag mit. Dabei war die Förderung in Höhe von 1,1 Milliarden Euro für Tesla bewilligungsfähig, und nicht nur das: „Die Bei-

hilfe für das Projekt in Grünheide war durch die Europäische Kommission genehmigt worden“, bestätigte das BMWi. Der US-Elektroautobauer erklärte: „Tesla hält jedoch weiterhin an seinen Planungen für die Batterie- und Recyclingfabrik in der Gigafactory Berlin-Brandenburg fest, verzichtet aber auf die staatliche IPCEI-Förderung.“ Gründe für den Schritt wurden nicht genannt. thm

— Seite 12

## Spitze der Grünen Jugend empfiehlt Ja zum Ampel-Vertrag

BERLIN - Die Spitze der Grünen Jugend empfiehlt ihren Mitgliedern, bei der Urabstimmung der Grünen für den Koalitionsvertrag mit SPD und FDP zu votieren. „In der Ampel gibt es wenig Rückschritte und einige, wichtige Verbesserungen“, heißt es im fünfseitigen Dringlichkeitsantrag des Vorstands zum Länderrat der Nachwuchsorganisation an diesem Samstag in Berlin.

Lange war nicht sicher, ob die Jugendorganisation die Pläne der Parteiführung

unterstützt – vor allem wegen des Klimaschutzes. Ob die Klimaziele mit dem Koalitionsvertrag erreicht werden können, „bleibt weiterhin offen“, sagte Grüne-Jugend-Chef Timon Dziemus am Freitag. Während SPD und FDP bei Parteitag die Zustimmung ihrer Basis für den Koalitionsvertrag einholen wollen, stimmen bei den Grünen die Parteimitglieder ab. dpa

— Seite 4

### VIRUS in Zahlen

